

Antrag K-12

ASF Sachsen

Wahlfreiheit gewährleisten – Politische Wahl- und Meinungsumfragen zeitlich einschränken

1 *Der Landesparteitag der SPD Sachsen möge beschließen, und an den Bundestag, mit dem Ziel der Übermittlung an*
2 *die SPD-Bundestagsfraktion und den Parteivorstand, weiterleiten:*

3 Vier Wochen vor den jeweiligen Bundestags-, Landtags-, Kommunal-, und Europawahlen wird die Veröffentlichung von
4 politischen Meinungs- und Wahlumfragen untersagt. Die Umfragen gefährden den demokratischen Prozess, weil sie
5 den politischen Willensbildungsprozess negativ beeinflussen. Die Wähler*innen werden durch die Veröffentlichung von
6 vermeintlich wahren Zahlen manipuliert. Diese stehen einer autonomen und selbstbestimmten Entscheidung diame-
7 tral gegenüber. Zugleich führt die Objektivierung von Wähler*innen zur Entpolitisierung der Parteien und politischen
8 Akteur*innen.

9

10 **Begründung**

11 In einer repräsentativen Demokratie sollen und müssen die Wähler*innen ihre Wahlentscheidung aufgrund der inhalt-
12 lichen Ausrichtung der Parteien und Kandidaten treffen. Die Parteien sind der Spiegel der Gesellschaft und sollen das
13 Meinungsspektrum abbilden. Eine mündige Wahlentscheidung ist nur durch eine Auseinandersetzung mit den politi-
14 schen Inhalten möglich. Dieser Prozess wird – gerade in der jüngsten Vergangenheit – durch ein unreflektiertes Grup-
15 penverhalten unterminiert. Diesem steht die Tatsache gegenüber, dass die Demokratie auf den autonomen Willensbil-
16 dungsprozess innerhalb der Wahlbevölkerung angewiesen ist. Die Wahl verkommt so unausweichlich zu einer Farce,
17 die Demokratie verliert ihre Funktionsfähigkeit.

18 Die beschriebene Entpolitisierung der Bürger*innen wird von einer parteiischen und subjektiven Wahlforschung, die
19 die tatsächlichen Meinungsverhältnisse nicht abbildet, virulent angetrieben und erzeugt. Umfragen werden bereits
20 mit den Fragestellungen und der Themenauswahl gesteuert oder sind schlichtweg fehlerhaft. Die Themen setzen die
21 Institute und Einrichtungen autonom, oder werden dazu bewusst beauftragt. Ob diese Themen auf gesellschaftliche
22 Resonanz treffen oder reale Diskurse innerhalb der Gesellschaft abbilden, ist dabei nicht gewährleistet. Sie betreiben
23 damit aufmerksamkeitsprofitables Agenda-Setting und befeuern Themen, die abseits der gesellschaftlichen Realität
24 geboren und nunmehr bestimmend werden.

25 Die Themen und Inhalte, die durch Befragungen an die Öffentlichkeit gelangen, bilden reale Debatten nicht nur nicht
26 ab, sondern deuten gesellschaftliche Diskurse zum Teil um. Die politischen Diskussionen werden dadurch manipuliert.
27 Eine ergebnisoffene Debatte ist auf diese Weise nicht mehr möglich, weil die Ergebnisse der Umfrage diese überschat-
28 ten. Der Mensch ist ein Herdentier und stellt sich der vermeintlichen Mehrheitsmeinung nur ungern entgegen. Die
29 Gesellschaft im Allgemeinen und die Parteien im Besonderen passen sich den Ergebnissen an.

30 Dies ist insofern fatal, als an Umfragen mehrheitlich Menschen teilnehmen, die aus sozial und ökonomisch besser ge-
31 stellten Schichten kommen. Die Umfragen können das Meinungsbild nicht abbilden, weil ihnen die Bezugsgröße fehlt.
32 Der Verzerrung versuchen die Institute dadurch zu begegnen, dass sie eine Datengewichtung dazwischenschieben.
33 Auskunft darüber, welche Formeln hierfür angewendet werden, bleiben „Betriebsgeheimnisse“. Die Black Box ist für
34 die Wähler*innen und die politischen Akteur*innen nicht einsehbar. Die Meinungsdiktatur liegt somit beim Institut.

35 Durch das Verbot der Veröffentlichung von politischen Wahl- und Meinungsumfragen sollen die Wähler*innen wieder
36 dazu in die Lage versetzt werden, autonome und reflektierte Wahlentscheidungen zu treffen. Abseits von der vermeint-
37 lichen Mehrheitsmeinung, die durch die Umfragen konstruiert wird. Die Bürger*innen werden damit wieder zu Sub-
38 jekten des politischen Spiels, mit denen nicht ausschließlich und indirekt über anonyme Zahlen kommuniziert wird.
39 Sodann werden auch die Parteien und politischen Akteur*innen dazu angeregt, wieder die direkte Kommunikation mit
40 den Wähler*innen zu suchen, um auf ihre tatsächlichen Bedürfnisse und Wünsche einzugehen. Die Politiker*innen sind
41 die Repräsentanten der Bürger*innen und nicht von einer Meinungsumfragemaschinerie, die abseits der politischen
42 und gesellschaftlichen Realität agiert.

Empfehlung der Antragskommission: Diskussion durch den Parteitag